



Amtsgericht Euskirchen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 04.02.2026, 11:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 128, Kölner Str. 40-42, 53879 Euskirchen**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Palmersheim, Blatt 457,
BV lfd. Nr. 1**

79/925 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Palmersheim, Flur 1, Flurstück 386, Gebäude- und Freifläche, Brunhildestraße 5 +7, Größe: 1.381 m² verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Erdgeschoß links des Hauses Nr. 5 sowie einem Kellerraum im Kellergeschoß, im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichnet

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um eine vermietete Eigentumswohnung mit Kellerraum, Balkon und Stellplatz, Wohnfläche ca. 76 m².

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 24.02.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

98.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten

anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.